

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und**  
**Beteiligungsausschusses**  
**am 19.10.2017**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitz)

SPD

Herr Bauer  
Frau Gorsler  
Herr Lufen  
Frau Bürgermeisterin Schrader  
Herr Sternbacher

CDU

Herr Helling  
Herr Henrichsmeier bis 18.25 Uhr  
Herr Nettelstroth  
Herr Bürgermeister Rüter  
Herr von der Heyden

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler  
Frau Keppler  
Herr Rees

BfB

Frau Pape bis 18.35 Uhr

FDP

Frau Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Schatschneider

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Herr Borgstädt	Presseamt
Frau Schmiedeskamp	Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Buddemeier	Leiterin der Gleichstellungsstelle
Frau Isfendiyar	Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld
Frau Franz	Amt für Personal
Frau Stude	Büro des Rates
Frau Grewel (Schriftführung)	Büro des Rates

Gäste:

Herr Dr. Cezanne Pressevertreter	Geschäftsführer der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH
-------------------------------------	--

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses fest.

Zur Tagesordnung schlägt Herr Oberbürgermeister Clausen vor, den Punkt 7.1 „Besetzung des Aufsichtsrates der BiTel GmbH“ wegen Klärungsbedarfes von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

### Zu Punkt 1

#### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 29. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 21.09.2017

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

#### Beschluss:

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 29. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 21.09.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen –

---

### Zu Punkt 2

#### Mitteilungen

### Zu Punkt 2.1

#### Gute Unternehmenssteuerung

Dezernat 1

#### ***Mitteilung Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss am 19.10.2017 - öffentlich***

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

*die deutlich geänderten Rahmenbedingungen für Stadtwerke in Verbindung mit daraus resultierenden etwaigen Risiken sowie Aspekte der Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte durch Einführung des konsolidierenden Gesamtabschlusses haben das Präsidium des Deutschen Städtetages veranlasst, sich mit Strategien und Handlungsempfehlungen für die Steuerung städtischer Beteiligungen zu befassen.*

*Das Ergebnis dieser Überlegungen ist in Form einer so genannten Hand-*

reichung mit dem Titel „Gute Unternehmenssteuerung – Strategien und Handlungsempfehlungen für die Steuerung städt. Beteiligungen“ im letzten Monat veröffentlicht worden und kann von der Homepage des Deutschen Städtetages heruntergeladen werden:

<http://www.staedtetag.de/publikationen/materialien/083236/index.html>  
Selbstverständlich wird die Verwaltung diese Handreichung dahingehend auswerten, ob und inwieweit sich Anregungen bzw. Hinweise für unsere Tätigkeit in Bielefeld daraus ergeben.

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nimmt Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 2.2 Rettungsdienstbedarfsplan**

**Dezernat 3**

### **Mitteilung für den HWBA. 19.10.2017**

#### **Sachstand zur Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans**

Die Verwaltung hatte zuletzt im Rahmen des Jahresberichtes der Feuerwehr (Sitzung des HWBA am 27.04.2017) darüber berichtet, dass aktuell eine Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans erfolgt. Als Zielsetzung wurde formuliert, den überarbeiteten Plan den Gremien noch in 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Vorfeld hierzu hat eine Abstimmung mit den Krankenkassen zu erfolgen. Nachdem es bereits im Frühjahr zu den Inhalten einen ersten Austausch gab, fand im Rahmen des formellen Beteiligungsverfahrens am 17.07.2017 ein Erörterungstermin mit den Krankenkassen als Kostenträger gemäß § 12 Abs. 4 Rettungsdienstgesetz NRW statt. Die Verwaltung hatte hierzu auch die Bezirksregierung Detmold hinzugebeten. Denn diese muss für den Fall, dass keine Benehmensherstellung mit den Krankenkassen möglich ist, letztlich die notwendigen Festsetzungen treffen.

Anhand der im Vorfeld eingegangenen schriftlichen Stellungnahme der Krankenkassen wurden die Planungen seitens der Feuerwehr nochmals erläutert und strittige Punkte betrachtet / diskutiert.

Die im Nachgang zum Erörterungstermin überarbeitete Fassung des Rettungsdienstbedarfsplans wurde den Krankenkassen Ende September übersandt. Dabei hatte die Verwaltung auch den Wunsch nach einer Interimslösung geäußert, um kurzfristig auf den unstrittig gegebenen erheblichen Mehrbedarf an Rettungsmitteln reagieren zu können. Konkret wurde angefragt, ob die Krankenkassen im Vorgriff auf den neuen Rettungsdienstbedarfsplan einer Indienststellung von zumindest zwei Rettungswagen im 24 Std.-Betrieb zustimmen würden.

Am 16.10.2017 wurde der Verwaltung per Email das Antwortschreiben der Krankenkassen übermittelt, das im Ergebnis feststellt, eine Herstellung des Einvernehmens gemäß §12 SGB V sei seitens der Krankenkassen/-verbände nicht möglich. Auch der Bitte, einer vorzeitigen

*Indienststellung von zwei Rettungswagen zuzustimmen, wurde nicht gefolgt.*

*Insofern wird sich die Stadt Bielefeld nunmehr an die Bezirksregierung mit der Bitte um Entscheidung wenden. Ob der ursprünglich avisierte Zeitplan für die Verabschiedung des Rettungsdienstbedarfsplans noch gehalten werden kann, ist derzeit offen.*

Frau Erste Beigeordnete Ritschel ergänzt die vorliegende Mitteilung mit dem Hinweis, dass nun die Bezirksregierung eine Entscheidung herbeiführen müsse.

**Die Mitglieder des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 3 Anfragen liegen nicht vor**

---

**Zu Punkt 4 Schwerpunktziele des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld im Zeitraum 01.01.2018 - 31.12.2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5299/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Schwerpunktsetzung des Kommunalen Integrationszentrums (KI) für die Jahre 2018 und 2019 in den beiden Arbeitsbereichen „Integration durch Bildung“ und „Integration als Querschnittsaufgabe“ zu beschließen:**

- 1. Um die gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem zu optimieren, werden Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung und Umsetzung von demokratiefördernden, rassismuskritischen Maßnahmen sowie von diversitätsbezogenen Konzepten unterstützt.**
- 2. Bis zum 31.12.2019 werden zum Abbau von Ausgrenzung und Rassismus innerhalb der Kommune diversitätsbezogene (-bewusste) Öffnungsprozesse initiiert und begleitet.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 5**      **Vertrag über den Abschluss einer Projektpartnerschaft mit der Stadt Zababdeh**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5527/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**Dem Vertrag über den Abschluss einer dreijährigen Projektpartnerschaft zwischen der Stadt Bielefeld und der Stadt Zababdeh wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6**      **Bestellung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der Bielefelder Bäder- und Freizeit GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5470/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:**

**Der Rat der Stadt Bielefeld bestellt aus der von den Beschäftigten der Bielefelder Bäder- und Freizeit GmbH gewählten Vorschlagsliste mit den meisten erhaltenen Stimmen in den Aufsichtsrat der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH:**

**Herrn Torsten Niebuhr**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 7.1**      **Besetzung des Aufsichtsrates der BiTel GmbH**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

---

## Zu Punkt 7.2 Gleichstellungsplan 2017 - 2020 für die Stadt Bielefeld

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5404/2014-2020

Frau Buddemeier, die Leiterin der städtischen Gleichstellungsstelle, beschreibt den nun vorliegenden Gleichstellungsplan als Fortschreibung des Frauenförderplanes mit gleichen Handlungsfeldern. Als Folge der Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes gebe es jedoch drei Änderungen. Zum Einen sei der Geltungsbereich erweitert worden und beinhalte nun auch die städtischen Beteiligungen. Bei Neugründungen von Unternehmen sei in die Unternehmenssatzung ein Passus aufzunehmen, der die Unternehmung den Zielen des Gleichstellungsgesetzes verpflichtet. Des Weiteren würden die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde in Unternehmen mit alleiniger oder anteiliger Beteiligung der Gemeinde verpflichtet, die Einhaltung der Ziele des Gleichstellungsplanes zu verfolgen. Die zweite Änderung betreffe die Arbeitsbereiche, die überwiegend mit Frauen besetzt seien. Bei der Stadt Bielefeld handele es sich um die Reinigungskräfte, die Politessen und die Schulsekretärinnen. Vorgesehen seien Maßnahmen zur Aufwertung der Tätigkeiten, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplatzgestaltung. Die dritte Änderung betreffe eine vorgeschriebene Frauenquote von 40 % in allen Gremien, die von tatsächlicher und rechtlicher Bedeutung seien. Eine Liste der entsprechenden Gremien werde derzeit erarbeitet und könne auf Wunsch kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Abschließend erwähnt Frau Buddemeier die Verpflichtung zur regelmäßigen Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung der Aufsichts- und Verwaltungsräte in geeigneter Form.

Herr Rees (Bündnis 90/Die Grünen) dankt für die Erläuterungen und resümiert, dass bei aller positiven Entwicklung noch weitere Anstrengungen erforderlich seien. Speziell die Frauenquote von 40 % in den Aufsichtsgremien werde bei künftigen Entsendungen und Umbesetzungen mehr Berücksichtigung finden müssen.

Frau Bürgermeisterin Schrader (SPD-Fraktion) sieht eine Verpflichtung aller politischen Kräfte zur Umsetzung der benannten Gesetzesänderungen. Beispielhaft benennt sie die Frauenanteile in Dezernaten, Gremien und Beteiligungen der Stadt Bielefeld. Auch unter Beachtung der Zielsetzungen im Public Corporate Governance Kodex sei es nun an der Zeit, die festgeschriebenen Quoten auch umzusetzen.

### Beschluss:

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:**

**Der Rat beschließt den Gleichstellungsplan 2017 – 2020 der Stadt Bielefeld lt. Anlage zur Beschlussvorlage.**

- einstimmig beschlossen -

---

Clausen  
(Oberbürgermeister)

---

Grewel  
(Schriftführung)